



Niederschriften der Sitzungen der Ratsversammlung Ab 1946

Stadtarchiv Kiel
Bestand Protokolle der Ratsversammlung
Signaturen P II/64 fortlaufend

S t a d t K i e l
Der Stadtpräsident.

Kiel, den 12. Oktober 1950

E i n l a d u n g

zu einer Sitzung der Ratsversammlung,
Donnerstag, den 19. Oktober 1950,
15 Uhr, Rathaus, Ratssaal.

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

1. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung der Ratsversammlung vom 21. September 1950.
2. a) Mitteilungen des Stadtpräsidenten
b) Mitteilungen des Magistrats.
3. Wiederaufbau Stadttheater (Rathausplatz) - Drs. 232 -
Stadtrat Borchert.
4. Vermietung und Ausbau von Räumen im Gebäude Lornsenstraße 30
Oberbürgermeister Gayk. - Drs. 271 -
5. Instandsetzung der Friedhofskapelle Nordfriedhof - Drs. 268 -
Stadtrat Breitenstein
6. Verwaltungsausgaben des Amtes für Soforthilfe - Drs. 263 -
Frau Stadträtin Brauer
7. Schülerunfallversicherung - Drs. 266 -
Frau Stadtschulrätin Jensen
8. Mitglied für die Schulpflegschaft an den städtischen Berufsschulen - Drs. 267 -
Frau Stadtschulrätin Jensen
9. Umbesetzung eines Ausschusses - Drs. 272 -
Stadtpräsident Dr. Jeschke
10. Wahl von 3 Mitgliedern in den Beirat der Kreislandwirtschaftsbehörde - Drs. 273 -
Stadtpräsident Dr. Jeschke
11. Gartenland in den Gemeinschaftslagern - Drs. 228 -
Stadtrat Thaddey
12. Anfrage von Stadtrat Hartmann betr. Tätigkeit der Preisbehörde bei Grundstücksverkaufen.
13. Verschiedenes.

Nichtöffentliche Sitzung

1. Aufnahme eines Darlehens von 50.000,-- DM für den Ankauf von Dauerkleingartengelände. - Drs. 265 -
Bürgermeister Dr. Fuchs
2. Aussprache über die "Kieler Woche".

Dr. J e s c h k e

Kiel, den 5. September 1950

Drs. 232

Betr.: Wiederaufbau Stadttheater (Rathausplatz)
Berichterstatter: Stadtrat B o r c h e r t
Antrag: Zustimmung zum Gesamtbauprogramm und Durchführung
der Winterfestmachung im Jahre 1950 sowie Erhöhung
des Haushaltsansatzes bei der Haushaltsstelle
V 3200/120 von 400.000 DM um 115.000 DM auf 515.000 DM.
Die Deckung der Mehrausgabe bleibt dem Nachtragshaus-
haltsplan vorbehalten.

Begründung

Das Theater, Anfang des Jahrhunderts erbaut, seinerzeit in seinen Größenverhältnissen, insbesondere denen des Bühnenhauses, ausgeglichen im Hinblick auf die Anforderungen, welche die Bühneneinrichtungen an Werkstätten und Betriebsräume zu stellen hatten, mußte diese Anforderungen erweitern durch die bühnentechnische Entwicklung, was zu erheblichen Einschränkungen an Raum führte, zu Auslagerungen und zu, auf die Dauer gesehen, ungenügenden technischen Einrichtungen.

Der Organismus war damit in Unordnung gebracht und es brachte diese Entwicklung notwendig eine Unwirtschaftlichkeit des Theaterbetriebes mit sich.

Mit Fortschreiten der Zeit wären diesem Zustand entgegen-tretende Umbauarbeiten unvermeidlich gewesen.

Diese Umbauarbeiten sind in dem vorliegenden Entwurf der Architekten Hansen & Widmann, Kiel, bereits berücksichtigt.

Das Theater wurde durch eine Sprengbombe im Bühnenhaus zerstört, und brannte im übrigen vollständig aus. Der Bestand an btehen-gebliebenem Mauerwerk, insbesondere der Fassaden und den tragenden Hauptteilen an Eisenskelett und Rangkonstruktion, stellt aber noch einen so großen Wert dar, daß der Wiederaufbau gerechtfertigt erscheint, ein Wiederaufbau unter Berücksichtigung heutiger und künftiger Theaterentwicklung.

Die äußere Gestaltung sowie die Raumaufteilung im Innern, entsprechend den neuesten Erfahrungen der Bühnentechnik, gehen im einzelnen aus den Plänen der Architekten hervor.

Das Theater wird nach dem Umbau die nachfolgenden Zahlen an Zuschauern aufweisen:

	<u>Alter Zustand</u>		<u>neuer Zustand</u>	
	<u>Sitzpl.</u>	<u>Stehpl.</u>	<u>Sitzpl.</u>	<u>Stehpl.</u>
Parkett	406	-	448	-
1. Rang	216	-	207	II
2. Rang	215	-	175	-
3. Rang	149	12	153	18
	986	12	983	18
	1.009		1.001	

Der Vergleich zeigt, daß die Zahl der Sitzplätze sich um 139 erhöht hat, hauptsächlich durch Wegfall der Logenplätze. Beim Vergleich der Stehplätze ist zu berücksichtigen, daß die Zahl der Stehplätze beim alten Zustand durch die neuen Vorschriften auf höchstens 100 herabgesetzt werden müßte.

Es wird vorgeschlagen, den Bau in 3 Bauabschnitten durchzuführen.

Bauabschnitt 1: Eindeckung des Zuschauerhauses mit den dazu erforderlichen Maurer- und Werksteinarbeiten, die jedoch auf die konstruktiv dringend erforderlichen Arbeiten beschränkt bleiben. Dieser Bauabschnitt befindet sich z.Zt. in Ausführung.

Bauabschnitt 2: ist eng mit Bauabschnitt 1 verbunden. Er umfaßt den gesamten Aufbau und Ausbau des Zuschauerhauses, so daß die gesamten Räume, mit denen das Publikum in Berührung kommt, endgültig fertiggestellt sein werden. Am Äußeren werden wiederum nur die Arbeiten ausgeführt, die konstruktiv dringend erforderlich sind. Das Bühnenhaus und der umgebende Garderoben- und Verwaltungsteil wird bis zum mittleren Treppenhaus der Fleethörnseite rohbaumäßig fertiggestellt. Lediglich der Bühnenhausturm wird mit Verblendung und Werkstein versehen. Damit ist der Bühnenturm außen endgültig fertiggestellt. Der Magazinflügel bleibt in seinem jetzigen Zustand stehen. Als Neubauteil wird auf der Seite zum Kleinen Kiel die Seitenbühne errichtet und vorläufig mit einem Flachdach versehen.

Der 1. und 2. Bauabschnitt umfaßt also die erforderlichen baulichen Maßnahmen zur Erzielung einer Spielfähigkeit mit einem Minimum an technischem Ausbau.

Bauabschnitt 3: umfaßt die bauliche Fertigstellung des Magazinflügels. Ferner wird nunmehr die gesamte Maschinerie eingebaut. Außerdem werden in diesem Abschnitt alle die Arbeiten an der Fassade (Werksteinarbeiten) nachgeholt, die in den Bauabschnitten 1 und 2 aus Finanzgründen zunächst unterlassen waren.

Baudurchführung: Bei den z.Zt. durchgeführten und demnächst in Angriff zu nehmenden Baumaßnahmen kann es sich zunächst nur um eine Winterfestmachung sowie um das Einziehen der aus konstruktiven und statischen Gründen erforderlichen Zwischendecken handeln. Die Kosten hierfür sind folgende:

1. Zuschauerhaus	320.000,-- DM
2. Bühnenhaus	530.000,-- "
3. Sachverständigengebühren	35.000,-- "
4. Ferner müßte zweckmäßig die Planbearbeitung für die darüber hinausgehenden späteren Arbeiten, insbesondere des Innenausbau, in diesem Jahre weiter gefördert werden. Hierzu sind erforderlich für Bauabschnitt 1 und 2 (Bausumme 2.800.000 DM)	60.000,-- "

insgesamt 945.000,-- DM

es stehen im Haushalt 1949 und 1950 zur Verfügung:

830.000,-- DM

Fehlbedarf: 115.000,-- DM

=====

Dieser Fehlbetrag in Höhe von 115.000 DM müßte, wenn die Winterfestmachung und die Weiterfortführung der Planung gewährleistet sein soll, zusätzlich in den Haushalt eingestellt werden.

Die weitere Fortführung des Baues hängt von den zur Verfügung stehenden Mitteln ab und ist noch nicht zu übersehen. Eine Spielfähigkeit des Hauses zum 1. September 1951 - wie verschiedentlich gewünscht wurde - ist nicht zu erreichen.

Baukosten: Die Baukosten für Bauabschnitt 1 und 2 zusammen belaufen sich lt. Kostenanschlag der Architekten auf 2.800.000 DM.. Auf den 3. Bauabschnitt entfällt eine Bausumme von 1.800.000 DM, so daß die Gesamtbausumme 4.600.000 DM beträgt. Die vorstehenden Bausummen sind durch Kostenanschläge im einzelnen belegt.

B o r c h e r t
Stadtrat

Kiel, den 30. September 1950

Drucksache 271

Betrifft: Vermietung und Ausbau von Räumen im Gebäude Lornsenstr. 30.

Berichterstatter: Oberbürgermeister Gayk

- Antrag:
- a) Im Hause Lornsenstraße 30, Eigentümer Lehmkuhl, Adolfstr. 34, werden 5 Räume mit Flur und Toiletten gegen eine monatliche Miete von 70,- DM und Übernahme einer abzulösenden Hypothek von 1.250,- DM sowie Baukosten von ca. 3.500 DM zur Unterbringung der Meldestelle II des Einwohnermeldeamtes, der Bezirksstelle Nord des Amtes für Familienfürsorge und Säuglingsfürsorgestelle Nord angemietet.
 - b) Eine außerplanmäßige Ausgabe von 4.750,- DM bei der neu einzurichtenden Haushaltsstelle 0010/902 - Ausbau von Diensträumen im Gebäude Lornsenstr. 30 - wird genehmigt. Die Mehrausgaben werden mit 1.250,- DM durch Einsparungen bei der Haushaltsstelle 0010/520 und 3.500,- DM durch Verstärkungsmittel der Haushaltsstelle 98/791 gedeckt.

Begründung

Im Hause Lornsenstr. 30, Erdgeschoß, stehen 5 Räume mit einer Grundfläche von ca. 135 qm frei, die gegen Ablösung einer Hypothek von 1.250,- DM und Ausführung von Bauarbeiten (Verputzen der Räume, Maler- und Elektrikerarbeiten, kleinere Tischlerarbeiten) im Betrage von ca. 3.500,- DM und eine monatliche Miete von 70,- DM angemietet werden können. Die Ausbaukosten und Hypothekenablösungen werden abgewohnt mit 7,2 % Tilgung, so daß eine monatliche Miete von 70,- DM verbleibt. Nach der Tilgung - in 14 Jahren - erhöht sich die Miete auf 100,- DM monatlich. Das während des Krieges zerstörte Haus Lornsenstr. 30 ist mit Landesmitteln wieder aufgebaut worden. Die Hypothekenablösung sowie die Baukosten werden wiederum hypothekarisch gesichert. Es ist vorgesehen, in diesen Räumen folgende städtische Dienststellen unterzubringen:

1. 1 Zimmer für die Meldestelle II des Einwohnermeldeamtes.

Diese Stelle befindet sich zur Zeit in einer sehr baufälligen Baracke Kleiststraße 12-14. In der Meldestelle sind 2 und zeitweilig 3 Angestellte beschäftigt. Über den Zustand der Baracke werden ständig Beschwerden geführt, da sie nicht mehr wetterfest ist. Außerdem muß die Bevölkerung, die in der Meldestelle etwas zu erledigen hat, bei größerem Andrang, wie jetzt bei der Ausstellung von Lebensbescheinigungen

für

für Rentner, bei jeglichem Wetter vor der Baracke warten. Die Baracke steht im Eigentum des OFP, dem ab 1.8.1950 eine monatliche Miete von 25,80 DM zu zahlen ist. Außerdem sind für die Baracke Unterhaltungskosten von jährlich ca. 400,- DM aufzuwenden.

2. 2 Zimmer für die Bezirksfürsorgestelle Nord. Diese Abteilung befindet sich zur Zeit in einem Kellerraum der Schule Hardenbergstraße. Beschäftigt sind in der Bezirksstelle 8 Fürsorgerinnen und 2 Praktikantinnen. Auf jede Fürsorgerin entfallen außerdem 2 ehrenamtliche Helferinnen, die 2 x in der Woche ebenfalls ihre Sprechstunde in der Bezirksstelle abhalten. Die Zustände in diesem Kellerraum waren bereits häufiger beanstandet worden. Auch wurde vom Schulamt bereits mehrmals um Rückgabe der Räume gebeten. In früheren Jahren war die Bezirksfürsorgestelle in einem städtischen Gebäude in der Lornsenstraße untergebracht, das während des Krieges zerstört wurde.
3. 2 Zimmer für die Säuglingsfürsorgestelle Nord des Gesundheitsamtes. Diese Stelle befindet sich ebenfalls augenblicklich in einem Kellerraum der Schule Hardenbergstraße. Der Zustand ist auch hier unhaltbar geworden, da nur sehr wenig Tageslicht vorhanden ist, außerdem kein Warteraum und Abstellraum für Kinderwagen. In der Säuglingsfürsorgestelle werden 2 x wöchentlich durch Ärzte Untersuchungen durchgeführt, außerdem an mehreren Tagen in der Woche Beratungsstunden. Dieser Raum wird außerdem für Impfaktionen, Reihenuntersuchungen und ähnliches benutzt. Auch diese Stelle war vorher in dem zerstörten städteigenen Gebäude Lornsenstraße untergebracht. Die Räumlichkeiten im Gebäude Lornsenstr. 30 sind von den Beteiligten besichtigt worden und werden für sehr geeignet gehalten. Es handelt sich um größere, lichtdurchflutete Räume mit einem breiten Flur im Erdgeschoß, so daß auch für Mütter mit Kinderwagen keine Schwierigkeiten vorhanden sind, in die Räume zu gelangen. Es ist nicht anzunehmen, daß in absehbarer Zeit durch die Stadtverwaltung in diesem Stadtteil ein eigenes Gebäude wieder hergerichtet wird. Die Mietberechnung ist durch die Preisbehörde und Aufbaufinanzierung, die Baukostenrechnung durch das Hochbauamt geprüft worden.

Den einmaligen Aufwendungen von 4.750,- DM und
Mietezahlungen von jährlich 840,- DM

für die neuen Räume in der Lornsenstraße 30 stehen folgende Einsparungen gegenüber:

Miete für die Baracke Kleiststraße jährl.	309,60 DM
bauliche Unterhaltung ca.	400,-- DM
Miete für die Hardenbergstr. jährlich	300,-- DM

insgesamt:

1.009,60 DM
=====

Hiernach ergeben sich bei den laugenden Ausgaben jährliche Einsparungen von 169,- DM. Die Bauarbeiten sollen durch das

städtische

städtische Hochbauamt durchgeführt werden. Die Räume sind vom Polizeirevier "Holtzauer Straße" und dem Oberfinanzpräsidenten ebenfalls angesprochen worden. Es ist daher notwendig, daß umgehend entschieden wird, ob die Räumlichkeiten durch die Stadt angemietet werden sollen. Das Wohnungsamt hat der Anmietung zugestimmt, da die Räume früher ebenfalls gewerblich genutzt worden sind. Außerdem ist beim Wohnungsamt kein Bewerber bekannt, der die finanziellen Aufwendungen zur Herrichtung der Räume als Wohnung übernehmen will.

G a y k
Oberbürgermeister

Der Magistrat

Gartenausschuß
Tiefbauamt - Gartenbauabt.-

Kiel, den 27. September 1950

Drucksache 268

Betrifft: Instandsetzung der Friedhofskapelle Nordfriedhof.

Berichterstatter: Stadtrat Breitenstein.

Antrag: Dem Antrag auf Genehmigung zur Leistung einer außerplanmäßigen Ausgabe bei dem Haushaltsunterabschnitt 751, Haushaltsstelle 903 - Instandsetzung der Friedhofskapelle Nordfriedhof - in Höhe von 8.400 DM wird zugestimmt. Die Mittel werden bei der Haushaltsstelle 751/640 eingespart.

Begründung

Bei der Haushaltsstelle 640 stehen 8.400 DM Pacht für Nordfriedhof für das Rechnungsjahr 1950 zur Verfügung. Der Oberfinanzpräsident Schleswig-Holstein hat mit Rücksicht auf die besondere Eigenart und im Interesse der weiteren Unterhaltung und Pflege des Nordfriedhofes sich damit einverstanden erklärt, daß von der vereinbarten Pachtzahlung für die Dauer von 2 Jahren Abstand genommen wird. Voraussetzung ist jedoch, daß die Stadt Kiel sich verpflichtet, die auf diese Weise eingesparten Pachtgelder ausschließlich für die Unterhaltung der Gebäude zu verwenden. Die Mittel für das Rechnungsjahr 1950 sollen für die Instandsetzung der Friedhofskapelle Nordfriedhof Verwendung finden.

Da Mittel für die Instandsetzung der Friedhofskapelle nicht zur Verfügung stehen, wird die Genehmigung zur Leistung einer außerplanmäßigen Ausgabe in Höhe von 8.400 DM bei der Haushaltsstelle 903 beantragt.

B r e i t e n s t e i n
Stadtrat

Der Magistrat

Amt für Soforthilfe

Kiel, den 18. September 1950

Drucksache 263

Betrifft: Verwaltungsausgaben des Amtes für Soforthilfe.

Berichterstatterin: Frau Stadträtin Brauer.

Antrag: Bei der Haushaltsstelle 403/550 - Bekanntmachungen - werden weitere 500,- DM unter Einsparung und Entnahme aus der Haushaltsstelle 403/551 bereitgestellt.

Begründung

Bei der Haushaltsstelle 403/550 stehen dem Amt für Soforthilfe für Bekanntmachungen 500,- DM für das Haushaltsjahr 1950/1951 zur Verfügung. Diese Mittel sind verbraucht, so daß die Kosten für dringende Bekanntmachungen des Hauptamtes für Soforthilfe in Höhe von 150,- DM nicht gezahlt werden können. Der angeforderte Betrag ist nur geschätzt, da nicht vorausgesehen werden kann, welche weiteren Bekanntmachungen notwendig sein werden. Eine Eilentscheidung des Oberbürgermeisters nach § 106 GO. ist bereits herbeigeführt.

B r a u e r
Stadträtin

Der Magistrat

Schul- und Kulturstadtschulrätin
Schulausschuß

Kiel, den 16. September 1950

Drucksache 266

Betrifft: Schülerunfallversicherung.

Berichterstatterin: Frau Stadtschulrätin Jensen.

Antrag: Genehmigung zur Leistung einer überplanmäßigen Ausgabe bei folgenden Haushaltsstellen:

21/634	- Volksschulen - Schülerunfallversicherung	2.000 DM
22/634	- Mittelschulen-Schülerunfallversicherung	300 DM
23/634	- Höhere Schulen - Schülerunfallversicherung	400 DM

Die Deckungsmittel sind der Haushaltsstelle 98/790 (Verstärkungsmittel) zu entnehmen.

Die bei den Haushaltsstellen 21/634, 22/634 und 23/634 gesperrten 10 % werden freigegeben.

Begründung

Die allgemeinbildenden Schulen sind gegen Unfälle dem Schülerunfall-schadenausgleich westdeutscher Städte in Bochum angeschlossen. Die Erhebung der Beiträge erfolgt im Umlageverfahren.

Die Schülerunfälle sind außerordentlich gestiegen. Die Bearbeitung der gesamten Unfälle erfolgt durch das Syndikat.

In den Haushaltsplan für 1950 sind für Schülerunfallversicherung eingestellt:

Haushalts- stelle:	Betrag:	./. 10%	bleiben:	verausgabt sind:
21/634 Volks- schulen	2.000	200	1.800	1.370,20 DM
22/634 Mittel- schulen	300	30	270	246,40 DM
23/634 Höhere Schulen	400	40	360	348,17 DM

Die Mittel reichen bis zum Schluß des Rechnungsjahres nicht aus, zumal bei den Volksschulen jetzt für einen Unfall einer Schülerin 1.000,- DM durch das Syndikat angefordert werden.

Der Schulausschuß hat der Vorlage einstimmig zugestimmt.

J e n s e n
Stadtschulrätin

Kiel, den 21. September

Drucksache 267

Betrifft: Mitglied für die Schulpflegschaft an den städt. Berufsschulen.

Berichterstatter: Frau Stadtschulrätin Jensen.

Antrag: Für das durch die Ratsversammlung am 15.6.1950 gewählte Mitglied der Schulpflegschaft, Frau Anni Baasch, wird als neues Mitglied gewählt:

Name Anschrift

Begründung

Nach § 12⁴ des Berufsschulgesetzes vom 28.II.50 sind von der Vertretungskörperschaft des Schulträgers 3 Mitglieder aus dem Kreise der Erziehungsberechtigten für die an den Berufsschulen zu bildenden Schulpflegschaften zu bestellen. Das ist in der Sitzung der Ratsversammlung am 15.6.50 geschehen. Das bestellte Mitglied Frau Anni Baasch hat jedoch mit Schreiben vom 29.6.50 gebeten, sie von der Bestellung zu befreien, weil sie beruflich außerordentlich beansprucht wäre und sich außerdem nicht in der Lage fühle, eine derartige Funktion auszuüben.

J e n s e n
Stadtschulrätin

Stadt Kiel
Der Stadtpräsident.
- - -

Kiel, den 11. Oktober 1950

Drs. 272

Betrifft: Umbesetzung eines Ausschusses.

Antragsteller: Stadtpräsident.

Antrag: Folgender Umbesetzung des Wohnungsunterausschusses für den Bezirk Holtenau wird zugestimmt:

Es scheidet aus:

Herr Herbert R a i d , Grimmstraße 20.

Es wird neu gewählt:

Herr Paul Z o l l t a n , Kanalstraße 62.

Begründung:

Herr Herbert Raid ist aus Holtenau nach Michelsonstraße 43 verzogen.

Dr. J e s c h k e
Stadtpräsident

S t a d t K i e l
Der Stadtpräsident

Kiel, den 12. Oktober 1950

Drs. 273

Betrifft: Wahl von drei Mitgliedern in den Beirat der Kreis-
landwirtschaftsbehörde.

Antragsteller: Stadtpräsident.

Antrag: In den Beirat der Kreislandwirtschaftsbehörde werden
als Mitglieder folgende Angehörige der Ratsversamm-
lung gewählt:

1.
2.
3.

Begründung:

Gemäß § 4 des Gesetzes über landwirtschaftliche Verwaltung
steht dem Leiter der Kreislandwirtschaftsbehörde ein Beirat
zur Seite, der neben dem Vorstand der Kreisbauernkammer und
dem Landrat, im Stadtkreis der Oberbürgermeister, aus drei
vom Kreistag bzw. Stadtvertretung zu wählende Kreistags-
abgeordnete (Stadtvertreter) besteht.

Die Kreislandwirtschaftsbehörde Kiel hat unter Hinweis auf
die vorgenannten Bestimmungen um Benennung der Beiratsmitglieder
für die Kreislandwirtschaftsbehörde Kiel bis zum 20. Oktober 1950
gebeten.

Dr. J e s c h k e
Stadtpräsident

Kiel, den 5. Oktober 1950

Drs. 228

Betrifft: Gartenland in den Gemeinschaftslagern.

Berichterstatter: Stadtrat Thaddey.

Antrag: Zustimmung zur Erhebung einer Nutzungsentschädigung für das den Lagerinsassen als Gartenland überlassene Lagergelände in Höhe von 0,01 DM pro qm und Jahr in allen 23 Lagern der Gemeinschaftslagerverwaltung ab 1. Oktober 1950.

Begründung:

Durch die jetzt zum Abschluß kommenden Miet- bzw. Pachtverträge über die Barackenlager ist die Gemeinschaftslagerverwaltung gehalten, für ein mehr oder weniger großes Areal, das zu den einzelnen Lagern gehört, Nutzungsentschädigung bzw. Pachtzinsen zu zahlen. Die Pachtzinsen für den Grund und Boden, der bei den einzelnen Lagern sehr große Ausmaße hat, werden durch die Miete, die für die bebaute Fläche als Unterkunftsentgelt erhoben wird, nicht abgegolten. Das Lagergelände ist bei einigen Lagern so groß, daß es den Lagerbewohnern zur gärtnerischen Nutzung überlassen wurde. Dies geschah bisher so, daß für Gelände, wenn es weniger als 100 qm waren, keine Nutzungsentschädigung verlangt wurde. Hatte ein Lagerbewohner aber mehr als 100 qm, mußte er außer seinem Unterkunftsentgelt eine Nutzungsentschädigung von 0,03 DM je qm und Jahr zahlen.

Diese Regelung konnte gut geheißen werden, da infolge der bisher unklaren Besitzverhältnisse (Wehrmachtsfiskus) nur in wenigen Fällen Pachtzinsen geltend gemacht wurden. Dies hat sich jetzt geändert. Die Eigentümer haben nunmehr fast ausnahmslos Ansprüche, sogar rückwirkend, geltend gemacht. Die unentgeltliche Überlassung an die Lagerbewohner war auch noch bisher gerechtfertigt, da sie die ihnen zugeteilten Stücke, die vordem zum größten Teil Brachland waren, in Gartenland umgewandelt hatten.

Durch die Zustimmung zum obigen Antrag soll erreicht werden, daß in allen Lagern einheitlich für gärtnerisch genutztes Gelände von den Lagerinsassen eine Nutzungsentschädigung gezahlt wird.

Als Gartenland werden in den Lagern z.Zt. rd. 70.000 qm genutzt. Die aufkommenden Nutzungsentgelte würden sich demnach auf 700,- DM belaufen.

Die Ratsversammlung hat in ihrer Sitzung vom 21. September 1950 den Antrag zur Erhebung einer Nutzungsentschädigung von 0,03 DM pro qm zur nochmaligen Prüfung an den Flüchtlingsausschuß zurückverwiesen. Da der inzwischen ermäßigte Preis von 0,02 DM auch noch zu hoch erschien, hat der Flüchtlingsausschuß in seiner Sitzung am 23. September 1950 dem Antrag in seiner jetzigen Form gegen 2 Stimmen zugestimmt.

Thaddey
Stadtrat

S t a d t K i e l
Der Stadtpräsident
- - -

Kiel, den 18. Oktober 1950

An
alle Mitglieder der Ratsversammlung
h i e r

Betr.: Kieler Woche.

/ Zu Punkt 2) der Tagesordnung für die nichtöffentliche Sitzung
der Ratsversammlung am 19. Oktober 1950 wird die anliegende
Vorlage - Drs. 290 - "Kieler Woche 1951" überreicht.

Dr. Jeschke.

Kiel, den 14. Oktober 1950

Drs. 290

- zu Punkt 2) der Tagesordnung für die nicht-
öffentliche Sitzung. -

Betrifft: Kieler Woche 1951.

Berichterstatter: Oberbürgermeister Gayk.

Antrag: 1) Für die Vorbereitung und Durchführung der Kieler
Woche 1951 werden gebildet:

ein Hauptausschuß,
ein Ehrenausschuß.

2) Der Hauptausschuß wird ermächtigt, nach Bedarf
Arbeitsausschüsse einzusetzen.

3) In den Hauptausschuß werden gewählt:

1. Oberbürgermeister Gayk

2. Stadtpräsident Dr. Jeschke

3. Bürgermeister Dr. Fuchs

4. ein Vertreter der Fraktion der SPD

5. " " " " " CDU

6. " " " " " Nationalen Rechten

7. Prof. Dr. Diller, Rektor der Christian-Albrechts-
Universität.

8. Propst D. Asmussen, Propst in Kiel

9. Dr. H.C. Rüdel, Kieler Yacht-Club

10. Prof. Dr. Baade, Institut für Weltwirtschaft

11. Prof. Dr. Mierke, Direktor der Pädagogischen
Hochschule

12. Prof. Dr. Hallermann, Vorsitzender d. Studentenwerks

13. Prof. Dr. Sedlmaier, Vorsitzender des Schleswig-
Holsteinischen Kunstvereins

14. Prof. Parnitzke, Vorsitzender des Künstlerbundes
Schleswig-Holstein

15. Dr. Bernhard Goldschmidt, Pras. der Schleswig-Holst.
Universitäts-Gesellschaft

16. Dr. Knapp, Präsident der Industrie- u. Handelskammer

17. Karl Grammerstorf, Reeder

18. Franz Ritter, A.D.A.C., Kiel

19. Max Wittmaack, Vizepräsident des Landeskulturver-
bandes Schleswig-Holstein

20. Bruno Verdieck, Geschäftsführer des Deutschen Gewerkschaftsbundes .
21. Heinrich Jöhnk, Kreishandwerksmeister.
22. Herr Noller, Intendant der Bühnen der Landeshauptstadt
23. Herr Winkler, Generalmusikdirektor
24. Hermann Hartmann, Stadtrat, Vorsitzender des Allgemeinen Kieler Kommunalvereins e.V.
25. Hermann Köster, Stadtrat, Vorsitzender des Landes-Jugendringes Schleswig-Holstein
26. Der Vorsitzende des Allgemeinen Studenten-Ausschusses der Christian-Albrecht-Universität.
27. Der Vorsitzende der Studentenschaft der Pädagogischen Hochschule

4) In den Ehrenausschuß werden gewählt:

1. Dr. Walter Bartram, Ministerpräsident (Ehrenvorsitzender)
 2. Dr. Peter Jeschke, Stadtpräsident der Stadt Kiel (Vorsitzender)
 3. Andreas Gayk, Oberbürgermeister der Stadt Kiel
(stellv. Vorsitzender)
 4. Karl Ratz, Präsident des Schleswig-Holsteinischen Landtages
 5. Prof. Dr. Diller, Rektor der Christian-Albrechts-Universität
 6. Propst D. Asmussen D.D. Propst von Kiel
 7. Prof. Dr. Rendtorff, geschäftsführender Vorsitzender der Gesellschaft d. Freunde Coventrys
 8. Dr. H.C. Rüdel, Vorsitzender des Kieler Yacht-Clubs
 9. Dr. Knapp, Präsident der Industrie- und Handelskammer
 10. Bruno Verdieck, Geschäftsführer des Deutschen Gewerkschaftsbundes
 11. Heinrich Jöhnk, Kreishandwerkerschaft- Kreishandwerksmeister
 12. Max Wittmaack, Vizepräsident des Landeskulturverbandes Schleswig-Holstein
 13. Ernst Ehmsen, 1. Vorsitzender des Sportverbandes Kiel
 14. Hermann Köster, Stadtrat, Vorsitzender des Landesjugendringes
- dazu je 1 Vertreter der Fraktionen der Ratsversammlung.

B e g r ü n d u n g :

Um mit den Vorarbeiten für die Kieler Woche 1951 rechtzeitig zu beginnen und die Mitarbeit der Stadtvertretung, des Magistrats und der Bürgerschaft sicherzustellen, wird die Bildung eines Hauptausschusses und eines Ehrenausschusses der Kieler Woche 1951 vorgeschlagen. Die für die praktische Durchführung der Arbeit erforderlichen Arbeitsausschüsse werden sich aus den Programmvorschlägen des Hauptausschusses ergeben.

G a y k .

S t a d t K i e l
Der Stadtpräsident
- - -

Kiel, den 19. Oktober 1950

Dringlichkeits-Nachtragstagesordnung
für die Sitzung der Ratsversammlung,
Donnerstag, den 19.10.1950
15.00 Uhr, Rathaus, Ratssaal.
- - -

Öffentliche Sitzung

13. Rücktritt des Aufsichtsratsmitgliedes der Kieler
Wohnungsbau- G.m.b.H., Stadtrat Sartori - Drs. 292 -
Oberbürgermeister G a y k .
14. Neuwahl von Aufsichtsratsmitgliedern für die Kieler
Seefischmarkt- G.m.b.H. - Drs. 291 -
Stadtrat V o s s
15. Anfrage Stadtrat Hartmann und Ratsherr Schubert
betr. Streikunterstützung durch die Stadtwerke.
16. Verschiedenes.

Nichtöffentliche Sitzung

3. Darlehensaufnahmen der Trümmerverwertungs- G.m.b.H.
und Bürgschaft der Stadt Kiel - Drs. 285 -
Bürgermeister Dr. F u c h s .

Dr. J e s c h k e .

Der Oberbürgermeister
- - -

Kiel, den 16. Oktober 1950

Dringlichkeitsvorlage

Drs. 292

Betrifft: Rücktritt des Aufsichtsratsmitgliedes der
Kieler Wohnungsbau-Gesellschaft m.b.H., Stadtrat
S a r t o r i .

Berichterstatter: Oberbürgermeister.

Antrag: Für den ausscheidenden Stadtrat Sartori wird in
den Aufsichtsrat der Kieler Wohnungsbau- Gesell-
schaft m.b.H. gewählt:
Stadtrat Dr. H e l l .

Begründung:

Herr Stadtrat S a r t o r i hat sein Amt als Aufsichtsrats-
mitglied der Kieler Wohnungsbau- G.m.b.H. wegen geschäftlicher
Rücksichten niedergelegt und bittet um Entbindung von dem Amt.

G a y k .

Kiel, den 18. Oktober 1950

Dringlichkeitsvorlage

Drs. 291

Betrifft: Neuwahl von Aufsichtsratsmitgliedern für die Kieler Seefischmarkt-GmbH.

Berichterstatter: Stadtrat V o s s .

Antrag: a) Der nächsten Gesellschafterversammlung ist vorzuschlagen, den Aufsichtsrat der Kieler Seefischmarkt-GmbH. wie folgt zusammenzusetzen:

Landesregierung	3 Mitglieder
Stadt Kiel	4 Mitglieder
Industrie- u. Handelskammer	1 Mitglied
Ortsausschuß des deutschen Gewerkschaftsbundes	1 Mitglied
Oberfinanzpräsident	1 Mitglied

b) Als Vertreter der Stadt Kiel werden der Gesellschafterversammlung benannt:

1.) Oberbürgermeister G a y k

Vertreter: Stadtrat S c h m i d t ;

2.) Bürgermeister Dr. F u c h s

Vertreter:

3.) Stadtrat L ü t h j e

Vertreter:

4.) Ratsherr L ü d e m a n n

Vertreter: Oberverwaltungsrat M a t e r n e .

Begründung:

Die Gesellschafterversammlung hat am 27. Juni 1950 die Neuwahl des Aufsichtsrates und die Beschränkung der Amtsdauer seiner Mitglieder auf zwei Jahre beschlossen.

Als Vertreter der Stadt gehörten dem Aufsichtsrat, der sich aus neun Mitgliedern zusammensetzte, bisher an:

Oberbürgermeister Gayk
Stadtrat Luthje
Ratsherr Lüdemann

Vertreter: Oberst.Dir.Lehmkuhl
" Ob.Verw.R.Dr.Dabelstein
" " Materne

Mit Rücksicht auf den Kapitalanteil der Stadt Kiel von 520.000,-DM am Stammkapital von 1.000.000,-- DM soll der Gesellschafterversammlung vorgeschlagen werden, die Zahl der Aufsichtsratsmitglieder von neun auf 10 Mitglieder zu erhöhen, um dadurch der Stadt Kiel die Entsendung von vier Mitgliedern in den Aufsichtsrat zu ermöglichen.

V o s s
Stadtrat

Anwesenheitsliste

Sitzung der ^{Ratsversammlung} Stadtvertretung vom: 19. 10. 50

Lfd. Nr.	Name	Unterschrift
1.	Book	
2.	✓ Brauer	
3.	✓ Breitenstein	
4.	Fischer	
5.	Gayk ✓	
6.	Graber	
7.	✓ Hartmann	
8.	✓ Hell, Dr.	
9.	Henningsen	
10.	Fr. Hinz	
11.	Jeschke, Dr. ✓	
12.	Köchling	
13.	Kölller, von	
14.	Kühl . Kalle . Kops	
15.	Kletscher	
16.	✓ Köster	
17.	✓ Kowalewsky	
18.	Kuhn	
19.	✓ Langbehn	
20.	Lindemuth, Dr.	
21.	X Lüdemann	
22.	Lütgens ,	
23.	✓ Lüthje	
24.	Marth	
25.	Müller	

Lfd. Nr.	Name	Unterschrift
26.	Nolte	<i>[Signature]</i>
27.	Pfeffer	<i>[Signature]</i>
28.	Rasmuss, Dr.	<i>[Signature]</i>
29.	Sager	<i>[Signature]</i>
30.	✓ Sartori	<i>[Signature]</i>
31.	<i>Porto fee</i> Tr. Schaefer, Dr.	<i>[Signature]</i>
32.	Schatz	<i>[Signature]</i>
33.	✓ Schmidt	<i>[Signature]</i>
34.	Schmuck	<i>[Signature]</i>
35.	Tr. Schröder	<i>[Signature]</i>
36.	Schubert	<i>[Signature]</i>
37.	<i>11.07.26</i> Schwehm	<i>[Signature]</i>
38.	Sievers	<i>[Signature]</i>
39.	Stade ✓ Thoddey	<i>[Signature]</i>
40.	Stech	<i>[Signature]</i>
41.	Thiede	<i>[Signature]</i>
42.	Wegener	<i>[Signature]</i>
43.	Willnweit	<i>[Signature]</i>
44.	Tr. Völker Wittenberg	<i>[Signature]</i>
45.		<i>[Signature]</i>

Kiel, den 23. Oktober 1950

Unter Bezugnahme auf die Besprechung mit Herrn Brandt (Hauptamt) vom 16. Oktober 1950 bemerke ich zu dem Punkt Kieler Woche 1951 :

Der "Hauptausschuß" Kieler Woche 1951 ist kein Ausschuß im Sinne der Gemeindeordnung. Als Mitglieder eines Ausschusses müßten der Intendant und der Generalmusikdirektor vorher aus dem Angestelltenverhältnis beurlaubt sein und an etwaigen Abstimmungen dürften sich hauptamtliche Magistratsmitglieder nicht beteiligen. Eine solche Beurlaubung ist zweifellos nicht gewollt und auch eine Beschränkung der hauptamtlichen Magistratsmitglieder ist jedenfalls nicht ausdrücklich vorgesehen.

Wenn der "Ausschuß" aber kein Ausschuß im Sinne der Gemeindeordnung ist, so ist fraglich, ob neben Ausschüssen auch andere Gremien aus Ratsherren, Magistratsmitgliedern und ehrenamtlich tätigen Bürgern bestellt werden dürfen, deren Aufgabe es ist, Beschlüsse der Ratsversammlung oder des Magistrats vorzubereiten - oder etwa sogar an ihrer Stelle zu entscheiden -, weil diese Aufgaben gerade die der Ausschüsse im Sinne der Gemeindeordnung sind. Diese Frage erhebt sich um so mehr, als die Bestimmungen der Gemeindeordnung über die ständigen und - wie hier - nichtständigen Ausschüsse beweglich genug sind, um die Ansichten der hauptamtlichen Magistratsmitglieder zur Geltung zu bringen und städtische Angestellte heranzuziehen.

Ich empfehle deshalb zumindest, entsprechend der Übung früherer Jahre auch dem Hauptausschuß Kieler Woche 1951 keine entscheidenden Befugnisse zu geben. In dieser Weise ist beispielsweise auch der Beirat für Stadtgestaltung auf gutachtliche Äußerungen beschränkt. Die Entscheidung über das Programm der Kieler Woche hätte der Magistrat zu treffen, wie in Ziff.6 der Anlage A zu den Richtlinien für die Selbstverwaltung der Stadt Kiel vorgesehen ist. Die Ratsversammlung kann selbstverständlich auch diese Entscheidung an sich ziehen.

Die vorgesehenen einzelnen "Arbeitsausschüsse" würden zweifellos keine gemeindlichen Ausschüsse sein, schon weil sie nicht von der Ratsversammlung bestellt oder gewählt werden sollen. Ihre Bildung als Arbeitsgruppen aus einzelnen Mitgliedern des Hauptausschusses und ihre Erweiterung durch weitere beratende Sachverständige und Verwaltungsangehörige ist unbedenklich.

2.) U.

dem Hauptamt, h i e r

zurückgesandt.

W. Germer
(v. Germer)

STADT KIEL
Der Stadtpräsident

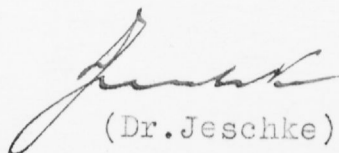
②4b Kiel, den 20. Oktober 1950.
Fernsprecher 21501 und 21201
Hausapparat: Nr 128

Herrn
Oberbürgermeister,
im Hause.

Betr.: Kurzniederschrift über die Sitzung der Ratsversamm-
lung vom 19. Oktober 1950.

Als Anlage wird je eine Kurzniederschrift über die öffent-
liche und die nichtöffentliche Sitzung der Ratsversammlung
am 19. Oktober 1950 übersandt.

Der Oberbürgermeister


(Dr. Jeschke)

Stadt Kiel
Rechts- und Versicherungsamt
21. OCT 1950

Hauptamt

- 1.) Hauptamt informiert, mit der Bitte um Überprüfung:
- 2.) Oberbürgermeister Kenntnis genommen mit Gegenprüfung:
- 3.) an das Hauptamt zur weiteren Bearbeitung:

J. d. H.

Kurzniederschrift

über die Sitzung der Ratsversammlung am 19. Oktober 1950.
in Kiel.

Beginn: 15 Uhr

Ende: 16.40 Uhr

Vorsitzender: Stadtpräsident Dr. Jeschke ✓

Schriftführer: ~~Stadttrat Köster~~ Ratsherr Knörzer ✓

Anwesend: Stadträte: Schmidt, Kowalewsky, Langbehn, Lüthje, ✓
Breitenstein, ~~Sartori~~, Dr. Hell, Hartmann, ✓
Frau Brauer, Thaddey, ✓

Ratsherren: Book, Graber, Frau Hinz, Kletscher, Kuhn, ✓
Lüdemann, Lütgens, ~~Lüthje~~, Marth, Müller, ✓
Frau Dr. Portofee, Schatz, Sievers, Thiede, ✓
Willumeit, Henkel, Fischer, Knörzer, ✓
Köchling, Frau Kühl, Dr. Lindemuth, Nolte, ✓
Sager, Schmuck, Frau Schröder, Pfeffer, ✓
Schubert, Wegener, Henningsen, Frau Völker, ✓
v. Köller, ✓

Es fehlen entschuldigt: Dr. Rasmuß, Stadtrat Schmidt, Stadtrat
Köster, ✓ *Sartori, Lüthje*

Ausschluß von Ratsherren wegen Befangenheit:

Anwesende des Magistrats:

Oberbürgermeister Gayk, Bürgermeister
Dr. Fuchs, Stadtbaurat Jensen, Stadtschul-
rätin Jensen, Stadträte: Mandelkow,
Borchert und Voß, ✓

Anwesende Bedienstete der Stadtverwaltung usw.:

Oberverswaltungsrat Koeppen, Oberverswal-
tungsrat v. Germar, Oberverswaltungsrat
Böttcher, Oberverswaltungsrat Dr. Dabelstein

Dr. Fank

Öffentliche Sitzung

Die gestellten Anträge:

3. Zustimmung zum Gesamtbauprogramm und Durchführung der Winterfest-
machung im Jahre 1950 sowie Erhöhung des Haushaltsansatzes bei
der Haushaltsstelle V 3200/120 von 400.000 DM um 115.000 DM auf
515.000 DM. Die Deckung der Mehrausgabe bleibt dem Nachtragshaushaltsplan vorbehalten.

Beschluß:

Nach Antrag

4. a) Im Hause Lornsenstraße 30, Eigentümer Lehmkuhl, Adolfstr. 34, werden 5 Räume mit Flur und Toiletten gegen eine monatliche Miete von 70,-DM und Übernahme einer abzulösenden Hypothek von 1.250,-DM sowie Baukosten von ca 3.500 DM zur Unterbringung der Meldestelle II des Einwohnermeldeamtes, der Bezirksstelle Nord des Amtes für Familienfürsorge und Säuglingsfürsorgestelle Nord angemietet.

Beschluß:

Nach Antrag mit ²⁶ Stimmen gegen ³ Stimmen
beiStimmenthaltungen

- b) Eine außerplanmäßige Ausgabe von 4.750,-DM bei der neu einzurichtenden Haushaltsstelle 0010/902 - Ausbau von Diensträumen im Gebäude Lornsenstr. 30 - wird genehmigt. Die Mehrausgaben werden mit 1.250,-DM durch Einsparungen bei der Haushaltsstelle 0010/520 und 3.500,-DM durch Verstärkungsmittel der Haushaltsstelle 98/791 gedeckt.

Beschluß:

Nach Antrag mit ³⁶ Stimmen gegen ³ Stimmen
beiStimmenthaltungen

5. Dem Antrag auf Genehmigung zur Leistung einer außerplanmäßigen Ausgabe bei dem Haushaltsunterabschnitt 751, Haushaltsstelle 903 - Instandsetzung der Friedhofkapelle Nordfriedhof - in Höhe von 8.400 DM wird zugestimmt. Die Mittel werden bei der Haushaltsstelle 751/640 eingespart.

Beschluß:

Nach Antrag

6. Bei der Haushaltsstelle 403/550 - Bekanntmachungen - werden weitere 500,-DM unter Einsparung und Entnahme aus der Haushaltsstelle 403/551 bereitgestellt.

Beschluß:

Nach Antrag

7. Genehmigung zur Leistung einer überplanmäßigen Ausgabe bei folgenden Haushaltsstellen:

21/634 - Volksschulen - Schülerunfallversicherung	2.000 DM
22/634 - Mittelschulen - Schülerunfallversicherung	300 "
23/634 - Höhere Schulen - Schülerunfallversicherung	400 "

Die Deckungsmittel sind der Haushaltsstelle 98/790 (Verstärkungsmittel) zu entnehmen.

Die bei den Haushaltsstellen 21/634, 22/634 und 23/634 gesperrten 10% werden freigegeben.

Beschluß:

Nach Antrag

8. Für das durch die Ratsversammlung am 15.6.1950 gewählte Mitglied der Schulpflegschaft, Frau Anni Baasch, wird als neues Mitglied gewählt:

Name: ... Frau Weise Anschrift: ... Clausewitzstr. 15

9. Folgender Umbesetzung des Wohnungsunterausschusses für den Bezirk Holtenau wird zugestimmt:

Es scheidet aus:

Herr Herbert R a i d, Grimmstraße 20.

Es wird neu gewählt:

Herr Paul Z o l l t ä m, Kanalstraße 62

10. In den Beirat der Kreislandwirtschaftsbehörde werden als Mitglieder folgende Angehörige der Ratsversammlung gewählt:

1. ~~..... Stadtrat Breitenstein~~ *Frau Kühl*
2. ~~..... Ratsherr Dr. Lindemuth~~
3. ~~..... Ratsherr v. Köller~~

11. Zustimmung zur Erhebung einer Nutzungsentschädigung für das den Lagerinsassen als Gartenland überlassene Lagergelände in Höhe von 0,01 DM pro qm und Jahr in allen 23 Lagern der Gemeinschaftslagerverwaltung ab 1. Oktober 1950.

Beschluß: *Vorlage zurückgezogen*

12. Anfrage von Stadtrat Hartmann betr. Tätigkeit der Preisbehörde bei Grundstücksverkäufen.

Beschluß: *Vorlage zurückgezogen stellt bis zur Anwesenheit von Stadtbaurat Jensen.*

13. Für den ausscheidenden Stadtrat Sartori wird in den Aufsichtsrat der Kieler Wohnungsbaugesellschaft mbH. gewählt:
Stadtrat Dr. H e l l.

Beschluß:

Nach Antrag

14. a) Der nächsten Gesellschafterversammlung ist vorzuschlagen, den Aufsichtsrat der Kieler Seefischmarkt GmbH. wie folgt zusammenzusetzen:

Landesregierung	3 Mitglieder
Stadt Kiel	4 Mitglieder
Industrie- u. Handelskammer	1 Mitglied
Ortsausschuß des deutschen Gewerkschaftsbundes	1 Mitglied
Oberfinanzpräsident	1 Mitglied

b) Als Vertreter der Stadt Kiel werden der Gesellschafterversammlung benannt:

- 1.) Oberbürgermeister G a y k
Vertreter: Stadtrat S c h m i d t ;
- X 2.) Bürgermeister Dr. F u c h s
Vertreter: X *Ob. Kew. Rat Materno*
- X 3.) Stadtrat L ü t h j e
Vertreter: *Ratsherr Schubert*
- 4.) Ratsherr L ü d e m a n n,
Vertreter: Oberverwaltungsrat *Materno*.

Beschluß:

Nach Antrag

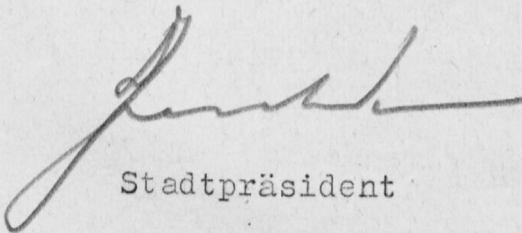
Dr. Jabelstein

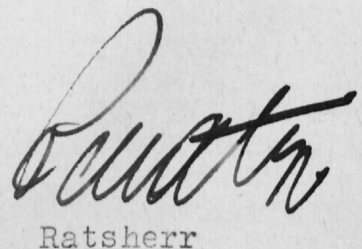
15. Anfrage von Stadtrat Hartmann und Ratsherr Schubert betr. Streikunterstützung durch die Stadtwerke.

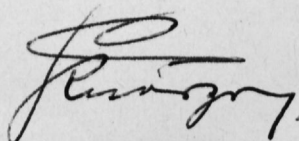
Beschluß:

Nach Antrag *Verabschiedung durch Oberbürgermeister Gayk.*
Entschieden.

16. Verschiedenes:


Stadtpräsident


Ratsherr



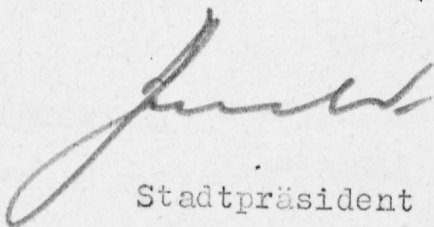
(Schriftführer)
Ratsherr

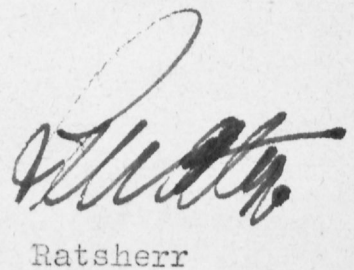
Stadt Kiel
Oberbürgermeister
- Hauptamt -
1.) Widerspruch
2.) U. *Stadtpräsident*
Herrn Stadtrat
zurückgesandt.
(Gayk)

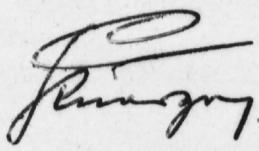
Kiel, den 24. 10. 50.

Beschluß:

Nach Antrag mit ³⁶.....Stimmen gegen ².....Stimmen
beiStimmenthaltungen


Stadtpräsident


Ratsherr


(Schriftführer)
Ratsherr

Stadt Kiel
Der Oberbürgermeister Kiel, den 24. 10. 50.
— ~~Hauptamt~~ —

1.) Widerspruch

2.) U.

Herrn ~~Sandberg~~
zurückgesandt.

Stadtpräsidenten

(Gayk)

24/10

2. Zugangsregelung.

Stadtpräsident verliest ein Schreiben des Wohnungsamtes betreffend Zugangsregelung, welches im wesentlichen besagt, daß die Verlegung des Wohnsitzes innerhalb des Bundesgebietes von einer Zone in die andere keines Beschränkungen mehr unterliegt, der Zugang in das Bundesgebiet ist weiterhin genehmigungspflichtig.

- Kenntnis N i e d e r s c h r i f t

über die Sitzung der Ratsversammlung vom 19.10.1950,
Rathaus, Ratssaal.

1. Fotowettbewerb

Beginn: 15.00 Uhr Ende: 16.40 Uhr

- Kenntnis genommen - - -

Anwesend: Stadtpräsident Dr. Jeschke.

Stadträte: Frau Brauer, Hartmann, Breitenstein,
Dr. Hell, Kowalewsky, Langbehn, Lüthje,
Thaddey.

Ratsherren: Book, Fischer, Graber, Henningsen,
Frau Hinz, Köchling, von Köller, Frau Kühl,
Kletscher, Kuhn, Dr. Lindemuth, Lüdemann,
Lütgens, Marth, Müller, Nolte, Pfeffer,
Sager, Frau Dr. Portofée, Schatz, Schmuck,
Frau Schröder, Schubert, Knörzer, Sievers,
Thiede, Wegener, Willumeit, Frau Völker,
Henkel.

Es fehlen entschuldigt: Stadträte: Köster, Sartori,
Schmidt. Ratsherren: Dr. Rasmuss, Lythje.

4. Oetufur.

Als hauptamtliche Mitglieder des Magistrats sind
anwesend: Oberbürgermeister Gayk, Bürgermeister
Dr. Fuchs, Frau Stadtschulrätin Jensen,
Stadträte: Borchert, Mandelkow, Voss.

Hinzugezogen zu Punkt 3): Intendant Noller, Architekt
Hansen.

Vorsitzender: Stadtpräsident Dr. Jeschke.

Schriftführer: Ratsherr Knörzer.

- Kenntnis genommen - - -

1) Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung der Ratsversammlung vom 21. September 1950.

Gegen die Niederschrift über die Sitzung der Ratsversammlung vom 21. September 1950 werden keine Bedenken erhoben.

2) a) Mitteilungen des Stadtpräsidenten.

1. Ratsherr Dr. Rasmuss.

Stadtpräsident teilt mit, daß Ratsherr Dr. Rasmuss aus gesundheitlichen Gründen an der heutigen Sitzung nicht teilnehmen kann.

- Kenntnis genommen -

2. Zuzugsregelung.

Stadtpräsident verliest ein Schreiben des Wohnungsamtes betreffend Zuzugsregelung, welches im wesentlichen besagt, daß die Verlegung des Wohnsitzes innerhalb des Bundesgebietes von einer Zone in die andere keinen Beschränkungen mehr unterliegt. Der Zuzug in das Bundesgebiet ist weiterhin genehmigungspflichtig.
- Kenntnis genommen -

b) Mitteilungen des Magistrats.

1. Fotowettbewerb.

O b e r b ü r g e r m e i s t e r gibt bekannt, daß die Bilder aus dem Fotowettbewerb der Stadt Kiel im Hauptgeschoß des Rathauses ausgestellt sind.
- Kenntnis genommen -

2. Lohnerhöhungen.

O b e r b ü r g e r m e i s t e r führt aus, daß auf Grund der neuen Tarifverhandlungen für die Stadtwerke 140.000,-- DM und für die Stadtverwaltung 240.000,-- DM zusätzliche Personalkosten für 4 Monate entstehen werden.
- Kenntnis genommen -

3. Seegartenplatz.

O b e r b ü r g e r m e i s t e r teilt mit, daß der neu gepflasterte Seegartenplatz durch einen Lastzug beschädigt worden ist. Der Fahrer bzw. die Firma sind für den Schaden, der auf 2.000,-- DM geschätzt worden ist, haftpflichtig gemacht worden.
- Kenntnis genommen -

4. Ostufer.

O b e r b ü r g e r m e i s t e r führt aus, daß sich die Entmilitarisierungsarbeiten auf dem Ostufer zu dem Zeitpunkt, als die Arbeiten eingestellt werden sollten, in einem Zustand befanden, dessen plötzliche Beendigung nachteilig gewesen wäre. Nach Verhandlungen mit dem Hohen Kommissar hat dieser sich bereiterklärt, 150.000,- bis 200.000,-- DM für die Weiterführung der Arbeiten aus dem Besatzungshaushalt zur Verfügung zu stellen, vorausgesetzt, daß der Bundesfinanzminister zustimmt. Dieser hat inzwischen zugestimmt.
- Kenntnis genommen -

5. Streik des Personals der Wasserstraßenverwaltung.

Stadtrat V o s s gibt einen Überblick über den Streik des Personals der Wasserstraßenverwaltung am 6.10.1950 und seine Auswirkungen auf die Stadtwerke. Von der Stadt ist alles getan worden, um zu verhindern, daß Stromabschaltungen vorgenommen wurden.

Stadtrat H a r t m a n n erklärt, daß durch diese Ausführungen seine schriftliche Anfrage an den Stadtpräsidenten, auf die er unter "Verschiedenes" zurückkommen wird, teilweise beantwortet worden ist.
- Kenntnis genommen -

- 3) Betrifft: Wiederaufbau Stadttheater (Rathausplatz) - Drs. 232 -
Berichterstatter: Stadtrat B o r c h e r t .
Antrag: Zustimmung zum Gesamtbauprogramm und Durchführung der Winterfestmachung im Jahre 1950 sowie Erhöhung des Haushaltsansatzes bei der Haushaltsstelle V 3200/120 von 400.000,- DM um 115.000,- DM auf 515.000,- DM. Die Deckung der Mehrausgabe bleibt dem Nachtragshaushaltsplan vorbehalten.

Stadtrat B o r c h e r t erläutert die schriftliche Vorlage.

Ratsherr T h i e d e legt im einzelnen die Gründe dar, welche die SPD-Fraktion bewogen haben, der Vorlage zuzustimmen. Wesentlich ist, daß Kiel als Landeshauptstadt ein Theater haben muß, wobei zu sagen ist, daß der Spielbetrieb in den Räumen, die heute zur Verfügung stehen, zu teuer ist. Das steigende Interesse der Bevölkerung für das Theater legt der Stadtführung die Verpflichtung auf, es dadurch noch weiter zu steigern, daß das alte Theater wieder aufgebaut wird. Es fragt sich, ob nicht über eine Zwischenfinanzierung versucht werden sollte, das Theater bis zum 1. September 1951 spielfertig zu machen. Der Wiederaufbau des Theaters hat für das Kieler Wirtschaftsleben größte Bedeutung. Sprecher bittet, der Vorlage zuzustimmen.

Stadtrat H a r t m a n n erklärt für die Nationale Rechte, daß sie der Vorlage unter der Voraussetzung zustimmt, daß die Mittel ausschließlich für die Winterfestmachung des Gebäudes ausgegeben werden. Über die Bewilligung weiterer Mittel sollte erst dann beraten werden, wenn der Nachtragshaushaltsplan aufgestellt ist.

Die Aussprache ergibt, daß das im Antrag genannte Wort "Gesamtbauprogramm" ein technischer Ausdruck ist, und daß es sich dabei um die "Gesamtplanung" handelt. Im übrigen muß bei der Winterfestmachung die künftige Planung berücksichtigt werden, wodurch Sachkosten entstehen.

Intendant N o l l e r führt aus, daß er an einer Tagung von Theaterfachleuten in Köln teilgenommen hat, auf der einmütig die Ansicht vertreten wurde, daß es aus künstlerischen und wirtschaftlichen Gründen notwendig ist, wieder große Theater zu bauen. Das Publikum mag nicht mehr in "Notbühnen" gehen. Es liegt im Interesse der Theaterbesucher, daß die Eintrittspreise gesenkt werden, was in Kiel nur dadurch erreicht werden kann, daß das alte Theater neu aufgebaut wird. In Kiel ist "ein großes Haus" eng verknüpft mit der Lebensfrage des Theaters überhaupt.

Ratsherr S c h u b e r t bittet, das Gebäude nur winterfest zu machen. Erst wenn abzusehen ist, wie sich die weiteren finanziellen Möglichkeiten der Stadt entwickeln, sollte weitergeplant werden. Sprecher weist darauf^{hin}, daß das "Neue Stadttheater" in der Holtenauer Straße nicht ausgelastet ist.

Ratsherr F i s c h e r bittet, der Vorlage zuzustimmen, weil sie nur die Winterfestmachung vorsieht. Der weitere Ausbau des Theaters wird nur im Rahmen der verfügbaren Mittel möglich sein.

Stadtrat H a r t m a n n fragt den Stadtkämmerer, ob es bei der augenblicklichen Finanzlage der Stadt und unter Berücksichtigung der Auswirkungen des Lastenausgleichs zu ver-antworten ist, einen so weitgehenden Beschluß zu fassen.

Bürgermeister Dr. F u c h s erklärt, daß nicht gebaut wird, wenn kein Geld da ist. Es ist selbstverständlich, daß über den Bau des Theaters andere wichtige Aufgaben der Stadt, insbesondere der Wohnungsbau, nicht vergessen werden. Es sind etwa 2,8 Millionen DM notwendig, um das Theater spielfähig zu machen. Die entsprechenden Vorlagen werden rechtzeitig eingebracht. Sprecher weist abschließend auf die Möglichkeit hin, durch Lotteriespiele und Tombola-Veranstaltungen zusätzliche Mittel für den Aufbau des Theaters zu bekommen.

Beschluß: Nach Antrag. Einstimmig.

- 4) Betrifft: Vermietung und Ausbau von Räumen im Gebäude Lornsenstraße 30 - Drs. 271 -

Berichterstatter: Oberbürgermeister Gayk.

Antrag: a) Im Hause Lornsenstraße 30, Eigentümer Lehmkuhl, Adolfsstraße 34, werden 5 Räume mit Flur und Toiletten gegen eine monatliche Miete von 70,-- DM und Übernahme einer abzulösenden Hypothek von 1.250,-- DM sowie Baukosten von ca. 3.500,-- DM zur Unterbringung der Meldestelle II des Einwohnermeldeamtes, der Bezirksstelle Nord des Amtes für Familienfürsorge und Säuglingsfürsorgestelle Nord angemietet.

- b) Eine außerplanmäßige Ausgabe von 4.750,- DM bei der neu einzurichtenden Haushaltsstelle 0010/902 - Ausbau von Diensträumen im Gebäude Lornsenstr. 30 - wird genehmigt. Die Mehrausgaben werden mit 1.250,- DM durch Einsparungen bei der Haushaltsstelle 0010/520 und 3.500,-- DM durch Verstärkungsmittel der Haushaltsstelle 98/791 gedeckt.

Ratsherr S c h u b e r t hat Bedenken, eine Behörde in Wohnräumen unterzubringen und hätte es im übrigen begrüßt, wenn die Meldestelle 2 mit einem Polizeirevier zusammengelegt worden wäre.

O b e r b ü r g e r m e i s t e r weist darauf hin, daß sich niemand gefunden hat, der bereit war, die Räume als Wohnung auszubauen. Die Dienststellen, die in das Haus Lornsenstraße 30 gelegt werden sollen, sind zurzeit so untergebracht, daß es nicht mehr zu verantworten ist, sie weiter in den jetzigen Räumen zu belassen.

Beschluß: Nach Antrag. Der Beschluß ergeht gegen 3 Stimmen.

- 5) Betrifft: Instandsetzung der Friedhofskapelle Nordfriedhof -

Berichterstatter: Stadtrat Breitenstein. - Drs. 268

Antrag: Dem Antrag auf Genehmigung zur Leistung einer außerplanmäßigen Ausgabe bei dem Haushaltsunterabschnitt 751, Haushaltsstelle 903 - Instandsetzung der Friedhofskapelle Nordfriedhof - in Höhe von 8.400 DM wird zugestimmt. Die Mittel werden bei der Haushaltsstelle 751/640 eingespart.

Beschluß: Nach Antrag.

- 6) Betrifft: Verwaltungsausgaben des Amtes für Soforthilfe
- Drs. 263 -
Berichterstatter: Frau Stadträtin B r a u e r .
11) Antrag: Bei der Haushaltsstelle 403/550 - Bekanntmachungen -
werden weitere 500,-- DM unter Einsparung und Ent-
nahme aus der Haushaltsstelle 403/551 bereitgestellt.
12) Beschluß: Nach Antrag.
- 7) Betrifft: Schülerunfallversicherung. - Drs. 266 -
Berichterstatter: Frau Stadtschulrätin J e n s e n .
Antrag: Genehmigung zur Leistung einer überplanmäßigen Ausgabe
bei folgenden Haushaltsstellen:
21/634 - Volksschulen - Schülerunfallversicherung 2.000,- DM
22/634 - Mittelschulen - Schülerunfallversicherung 300,- "
23/634 - höhere Schulen - Schülerunfallversicherung 400,- "
13) Betrifft: Die Deckungsmittel sind der Haushaltsstelle 98/790
(Verstärkungsmittel) zu entnehmen.
Die bei den Haushaltsstellen 21/634, 22/634 und
23/634 gesperrten 10 % werden freigegeben.
Beschluß: Nach Antrag.
- 8) Betrifft: Mitglied für die Schulpflegschaft an den städtischen
Berufsschulen. - Drs. 267 -
Berichterstatter: Frau Stadtschulrätin J e n s e n .
14) Antrag: Für das durch die Ratsversammlung am 15. Juni 1950 ge-
wählte Mitglied der Schulpflegschaft, Frau Anni
B a a s c h , wird als neues Mitglied gewählt:
Name: Anschrift:
Beschluß: Als neues Mitglied wird gewählt:
Frau Annemarie W e i s e , Kiel, Clausewitzstraße 15.
- 9) Betrifft: Umbesetzung eines Ausschusses. - Drs. 272 -
Antragsteller: S t a d t p r ä s i d e n t .
Antrag: Folgender Umbesetzung des Wohnungsunterausschusses für
den Bezirk Holtenau wird zugestimmt:
Es scheidet aus:
Herr Herbert R a i d , Grimmstraße 20.
Es wird neu gewählt:
Herr Paul Z o l l t a n , Kanalstraße 62.
Beschluß: Nach Antrag.
- 10) Betrifft: Wahl von drei Mitgliedern in den Beirat der Kreisland-
wirtschaftsbehörde. - Drs. 273 -
Antragsteller: S t a d t p r ä s i d e n t .
Antrag: In den Beirat der Kreislandwirtschaftsbehörde werden
als Mitglieder folgende Angehörige der Ratsversammlung
gewählt:
1.
2.
3.
Beschluß: Es werden gewählt:
1. Frau Ratsherrin Kühl,
2. Ratsherr Dr. Lindemuth,
3. Ratsherr von Köller.

- 11) Betrifft: Gartenland in den Gemeinschaftslagern - Drs. 228 -
Die Vorlage wird zurückgezogen.

- 12) Anfrage von Stadtrat Hartmann betreffend Tätigkeit der Preisbehörde bei Grundstücksverkäufen.

Stadtrat H a r t m a n n bittet die Angelegenheit zu behandeln, wenn Stadtbaurat Jensen anwesend ist.

Beschluß: Die Vorlage wird zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung der Ratsversammlung, an der Stadtbaurat Jensen teilnimmt.

- 13) Betrifft: Rücktritt des Aufsichtsratsmitgliedes der Kieler Wohnungsbau-Gesellschaft m.b.H., Stadtrat Sartori. (Dringlichkeitsvorlage) - Drs. 292 -

Berichterstatter: Oberbürgermeister.

- 13) Antrag: Für den ausscheidenden Stadtrat Sartori wird in den Aufsichtsrat der Kieler Wohnungsbau-Ges.m.b.H. gewählt: Stadtrat Dr. Hell.

Beschluß: Nach Antrag.

- 14) Betrifft: Neuwahl von Aufsichtsratsmitgliedern für die Kieler Seefischmarkt-G.m.b.H. - Drs. 291 - (Dringlichkeitsvorlage)

Berichterstatter: Stadtrat V o s s .

Antrag: a) Der nächsten Gesellschafterversammlung ist vorzuschlagen, den Aufsichtsrat der Kieler Seefischmarkt-G.m.b.H. wie folgt zusammenzusetzen:

Landesregierung	3 Mitglieder
Stadt Kiel	4 Mitglieder
Industrie- und Handelskammer	1 Mitglied
Ortsausschuß des deutschen Gewerkschaftsbundes	1 Mitglied
Oberfinanzpräsident	1 Mitglied

b) Als Vertreter der Stadt Kiel werden der Gesellschafterversammlung benannt:

1.) Oberbürgermeister G a y k

Vertreter: Stadtrat S c h m i d t ;

2.) Bürgermeister Dr. F u c h s

Vertreter:

3.) Stadtrat L ü t h j e

Vertreter:

4.) Ratsherr L ü d e m a n n

Vertreter: Oberverwaltungsrat M a t e r n e .

Beschluß: Zu a) Nach Antrag.
" b) Als Vertreter der Stadt sind zu benennen:

- a) Schulschließung
1. Oberbürgermeister G a y k,
Vertreter: Stadtrat Schmidt.)
 2. Bürgermeister Dr. F u c h s /,
Vertreter: OVR Materne.)
 3. Stadtrat L ü t h j e /
Vertreter: Ratsherr Schubert.)
 4. Ratsherr L ü d e m a n n /
Vertreter: OVR. Dr. Dabelstein.)
- b) Veröffentlichung

15) Anfrage Stadtrat Hartmann und Ratsherr Schubert betreffend Streikunterstützung durch die Stadtwerke.

S t a d t p r ä s i d e n t verliest folgende Anfrage von Stadtrat Hartmann und Ratsherrn Schubert:

- "1. Waren Magistrat und Werkführung damit einverstanden, daß die Lieferung von Starkstrom nach Holtenau eingestellt wurde?
Wenn ja, aus welchen Gründen?
2. Wie hoch ist der finanzielle Schaden, der den Stadtwerken durch Nichtlieferung von Strom entstanden ist?
3. Falls Magistrat und Werkleitung nicht mit der Stilllegung der Starkstromlieferung einverstanden waren, ersuchen wir um Auskunft, wer die Verantwortung für die Starkstromlieferungseinstellung trägt."

O b e r b ü r g e r m e i s t e r beantwortet die Fragen im wesentlichen wie folgt:

1. Die Stadt und die Werksverwaltung haben den Strom nicht gesperrt und waren auch mit einer Sperrung nicht einverstanden. Der Streik ist dadurch kompliziert worden, daß bereits vor seinem Ausbruch Polizei zu Streikbrecherarbeiten eingesetzt wurde. Dadurch spitzte sich die Situation derart zu, daß ein Streik der Stadtwerke unmittelbar bevorstand. Die Stadtführung hat alles getan, um zu verhindern, daß der Streik sich ausweitete und für das Wirtschaftsleben größeren Schaden brachte.
2. Der Schaden wird auf etwa 1.000,-- DM geschätzt.
3. Die Stadtführung verhandelt zurzeit mit den Gewerkschaften und den Betriebsräten und vertritt dabei den Standpunkt, daß die Stadtwerke als Hauptversorgungsanlage der Stadt nicht in Streiks hineingezogen werden dürfen.

Stadtrat H a r t m a n n ist mit der Auskunft zufrieden.

- Kenntnis genommen -

Verschiedenes

a) Schuleinweihung in Friedrichsort.

Ratsherr S c h m u c k beanstandet, daß bei der Einweihung der "Heinrich von Stephan Schule" (ehemalige Hipper-Kaserne) am 18. Oktober 1950 kein offizieller Vertreter der Stadt anwesend war.

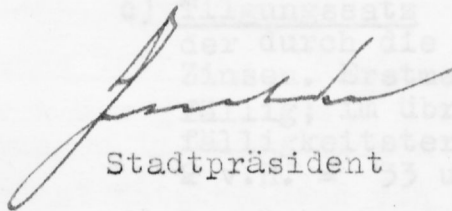
O b e r b ü r g e r m e i s t e r erklärt, daß die Einladungen zu der Einweihungsfeier von der Schule ausgegangen sind. Die Schulverwaltung hat erst einen Tag vorher eine Einladung erhalten, so daß ein Vertreter der Stadt nicht mehr rechtzeitig benannt werden konnte.

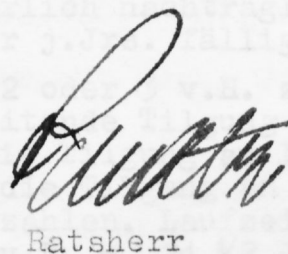
- Kenntnis genommen -

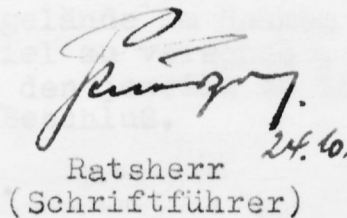
b) Veröffentlichung der Tagesordnung:

Ratsherr S c h u b e r t bittet, bei künftigen Veröffentlichungen der Tagesordnung in den Zeitungen die einzelnen Punkte klar zu formulieren. So ist Punkt 2) der nichtöffentlichen Sitzung "Aussprache über die Kieler Woche" nur als "Aussprache" ausgeführt.

- Es ist entsprechend zu verfahren -


Stadtpräsident


Ratsherr


Ratsherr
(Schriftführer)

✓ 21.12.50

Stadt Kiel

Der Magistrat

- Hauptamt -

Kiel, den 24. Oktober 1950

1) Eine Abschrift der Niederschrift über die Sitzung der Ratsversammlung vom 19. Oktober 1950 erhält das Büro des Stadtpräsidenten zur Kenntnis.

2) Auszüge erhalten:

Von Punkt 2a) 1. der Niederschrift: Büro des Stadtpräsidenten zur Kenntnis.

"	"	2a) 2.	"	"	a) Wohnungsamt zur Kenntnis.
"	"	"	"	"	b) Hauptamt zur Kenntnis.
"	"	2b) 1.	"	"	a) Presseamt zur Kenntnis.
"	"	"	"	"	b) Oberbaurat Willing zur Kenntnis.
"	"	2.	"	"	a) Personalamt zur Kenntnis
"	"	"	"	"	b) Stadtwerke zur Kenntnis.
"	"	3.	"	"	a) Tiefbauamt zur Kenntnis.
"	"	"	"	"	b) Stadtrat Voss zur Kenntnis
"	"	4.	"	"	a) Amt für Wirtschaftsförderung zur Kenntnis.
"	"	"	"	"	b) Stadtrat Voss zur Kenntnis.
"	"	5.	"	"	a) " " " " "
"	"	3)	"	"	a) Hochbauamt zur Kenntnis und weiteren Veranlassung.
"	"	"	"	"	b) 2 x Kämmeriamt zur Kenntnis und weiteren Veranlassung.
"	"	4)	"	"	a) Hauptamt zur Kenntnis und weiteren Veranlassung.
"	"	"	"	"	b) 2 x Kämmeriamt zur Kenntnis und weiteren Veranlassung.
"	"	5)	"	"	a) Tiefbauamt, Gartenbauabteilung zur Kts.u.w.Veranlassung.
"	"	"	"	"	b) 2 x Kämmeriamt zur Kenntnis.
"	"	6)	"	"	a) Amt für Soforthilfe zur Kenntnis und weiteren Veranlassung.
"	"	"	"	"	b) Kämmeriamt zur Kenntnis.
"	"	7)	"	"	a) Schulamt zur Kts.u.w.Veranl.
"	"	"	"	"	b) 2 x Kämmeriamt zur Kenntnis und w. Veranlassung.
"	"	9)	"	"	a) Wohnungsamt zur Kenntnis.
"	"	"	"	"	b) Hauptamt z.Kts.u.w.Veranl. (Rundverfügung).
+) "	"	"	"	"	c) Büro des Stadtpräs. "
"	"	10)	"	"	a) " " " " "
+) "	"	8)	"	"	a) Schulamt zur Kenntnis.
"	"	"	"	"	b) Büro des Stadtpräs.zur ₂ Kenntnis und w.Veranl.

Von Punkt 11) der Niederschrift: a) Gemeinschaftslg. Verw. z. Kts.
b) Hauptamt zur Kenntnis.

" " 12) " " a) Preisbehörde " "
b) Hauptamt zur Kenntnis und
weiteren Veranlassung.
(Auf die nächste Tages-
ordnung setzen?)

" " 13) " " a) Sekr. d. Oberbürgermeister zur
Kts. und w. Veranlassung.
b) Amt für Wirtschaftsförderung
zur Kenntnis.
c) Stadtrat Voss zur Kenntnis.

" " 14) " " a) " " " "
b) Amt für Wirtschaftsförderung
zur Kenntnis.
c) Oberverw. R. Puls zur Kts.

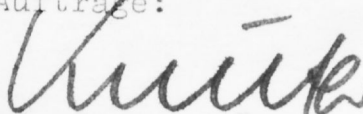
" " 15) " " a) Büro des Stadtpräsidenten
zur Kenntnis.
b) Stadtrat Voss zur Kenntnis.
c) Sekretariat des Oberbürgermeister
zur Kenntnis.

Verschiedenes

a) Schulamt zur Kenntnis.

2) Z. d. A.

Im Auftrage:



Stadt Kiel
Der Magistrat
- Hauptamt -

Kiel, den 24. Oktober 1950

- 1) Eine Abschrift der Niederschrift über die nichtöffentliche Sitzung der Ratsversammlung vom 19. Oktober 1950 erhält das Büro des Stadtpräsidenten zur Kenntnis.
Auszüge erhalten:

- 2) Von Punkt 1) der Niederschrift: a) Grundstücksamt zur Kenntnis und weiteren Veranlassung.
b) Kämmereiamt zur Kenntnis.
" 2) " " a) 2 x Kämmereiamt zur Kenntnis und weiteren Veranlassung.
b) Amt für Wirtschaftsförderung zur Kenntnis.
" 3) " " Sekretariat des OB zur Kenntnis.

Es wird gebeten, die beigelegten 3 weiteren Auszüge nach dortigem Belieben zu verteilen.

3) Z.d.A.

Im Auftrage:

Kunk

Sitzung ~~des Magistrats~~
der Ratsversammlung

vom: 19. 10. 12

Einen Auszug aus der Niederschrift über die Sitzung

~~des Magistrats~~
der Ratsversammlung heute erhalten:

Dienststelle Betrifft Unterschrift - Datum -

Punkt: 20) 1-9-8-15-10
Präsident v. Stollmann: Kinner

Punkt: 20) 2-9.
Wohnungsamt: R. K. S. R. K.

Punkt: 20) 1-
Hausamt: J. S. S. 30/10

Punkt: 20) 1-
Ob. B. R. W. K. S. S. 30/10

Punkt: 20) 2-
Personalamt: J. S. S. 30/10

Punkt: 20) 2-
Stadtkasse: J. S. S. 30/10

Punkt: 20) 3-5-
Friedhofsamt: J. S. S. 30/10

Punkt: 20) 3-5-13-14-15-
Stadtkass. Voss: J. S. S. 30/10

Punkt: 20) 4-13-14-
Amt f. W. B. S. S. S. 30/10

Punkt: 3
Wohnungsamt: J. S. S. 30/10

Punkt: 3-4-5-6-7-
Kommunikationsamt: J. S. S. 30/10

Punkt: 6
Amt f. Soforthilfe: J. S. S. 30/10

20.01.91
Dienststelle

Betrifft

Unterschrift - Datum -

Punkt:

Schlusssatz

7-8-11

Zeimann

Punkt:

Gen. Lage, Verwaltung 11-

Landau

Punkt:

Preisbehörde

12

Seemann

Punkt:

Subkommission d. Oberbürgermeister

13-15. Mittwochs. Sitzung

Punkt:

P. V. R. Pils

14

Meckes

Punkt:

Gründungsmitglied

Mittwochs. Sitzung: 1

John

Punkt:

Punkt:

Punkt:

Punkt:

Punkt:

Punkt:

Punkt:

Punkt:

Punkt: